

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
I.	Verbesserung der Erträge/Einnahmen						
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung \geq 10 T€ <i>neu 100%</i>						
1.	Anhebung Grundsteuer B von auf 390 % (d.h. 10% über Forderung (380% ab 2013) lt. RdErl. IM vom 08.05.2008)			97.300	97.300		
2.	Ertrag Personal-/Verwaltungskostenerstattung der Schulverbandsmitglieder		16.000	16.300	16.800	17.000	
3.	Gewerbsteuer seit 2010 auf 380 %, d.h. 2011 und 2012 30 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008	278.000	537.000				
4.	Gewerbsteuer ab 2013 20 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008 bei durchschnittlich 4,5 Mio. €			237.000	237.000	237.000	
5.	Vergnügungssteuer ab 2013 auf 12 %, d.h. 2,5 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008			26.000	26.000		
6.	Verzicht der Vergünstigung auf Eckgrundstückregelung im Bereich der Erträge (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010; Betrag berechnet bei 2,50 €/m</i>)		11.700	11.700	11.700	11.700	
7.	Erhöhung Straßenreinigungsgebühren (Reduzierung öffentlicher Anteil auf 25 % bei 2,50 €/m)		11.000	11.000	11.000	11.000	
8.	Mehrerträge durch Hundesteuerstaffelung ab zweitem Hund (siehe Bericht GPA für HJ 2010, TZ 2. b)	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	
9.	Mehrerträge Konzessionsabgaben			36.600	36.600	36.600	
10.	Ertrag Eigenkapitalverzinsung Eigenbetrieb Abwasser (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010, abgelehnt lt. Beschluss StVV 27.09.2012</i>)			97.000	97.000	97.000	
11.	Ertrag Verkauf Grundstück Ernst-Barlach Platz (4 % Veräußerungserlös 434.900 €)		17.400	17.400	17.400	17.400	
12.	Ertrag Verkauf Grundstück "Alter Bauhof" (4 % von Veräußerungserlös 483.900 €)			19.400	19.400	19.400	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		
13.	Veräußerung Markt 6 und 8 lt. Beschluss StVV vom 09.09.2011 (4 % von 350.000 €)			14.000	14.000	14.000		
14.	Einnahmen aus Untervermietung Hans-Koch-Ring		29.300	75.600	75.600	75.600		
15.	Veräußerung nicht benötigter Ausgleichsflächen (4% vom Verkaufserlös)			24.700	24.700	24.700		
16.	Planungskostenbeteiligung Baugebiet Gymnasium (90.000 € auf 5 Jahre)			18.000	18.000	18.000		
17.	Anpassung IT-Kooperationskosten			15.000	15.000	15.000		
18.	Turn- und Sportverein Beteiligung an den Kosten		20.000	20.000	20.000	20.000		
19.	Ganztagsangebote, Erhöhung des Kostendeckungsanteils		22.300	22.300	22.300	22.300		
20.	Erzielung Mieteinnahmen Kindergärten (3 x 21.000 €)			63.000	63.000	63.000		
21.	Reduzierung Unterhaltung Jugendtreff durch Umzug		6.200	24.800	24.800	24.800		
22.	Erhebung von Parkgebühren (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung aus 2010</i>)			86.300	86.300	86.300		damalige Berechnung siehe Anlage
B)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€							
1.	Erhöhung Hebesatz Hundesteuer auf 120 € ab 01.01.2013, d.h. 10 € über Forderung lt. RdErl. IM vom 24.08.2012 je 1. Hund			7.500	7.500	7.500		
2.	Verpachtung Dachfläche Rathaus für eine Funkübertragungsanlage			3.500	3.500	3.500		
3.	Flächentausch Askanierhaus (4% von 6.700 €)		300	300	300	300		
4.	Beteiligung an den Unterhaltungskosten Sportplatz durch den Sportverein Schwarzenbek		500	1.000	1.000	1.000		
5.	Einzahlungen durch den Verkauf von Grundstücken (4 % 56.100 €)		2.200	2.200	2.200	2.200		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
6.	Veräußerung Hellerkamp (4 % von Veräußerungserlös 75.000 €)		3.000	3.000	3.000	3.000	
7.	Anhebung Grundsteuer A auf 370 % ab 01.01.2013 (d.h. 10% über Forderung lt. RdErl. IM vom 24.08.2012)			200	200	200	
8.	Erhöhung Mieten, Pachten und Erbbauzinsen			1.000	1.000	1.000	
9.	Erhöhung Essengelder Schulen		2.900	2.900	2.900	2.900	
	Zwischensumme I. der Spalten:	288.000	673.800	851.400	851.400	825.400	
Summe 2011 - 2015						3.490.000	
II.	Verringerung der Aufwendungen/Ausgaben						
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung \geq 10 T€						
1.	Einsparung Bewirtschaftungskosten durch Umzug Centa-Wulf-Schule		41.000	41.000	41.000	41.000	
2.	Reduzierung Miete und Reinigung VHS			33.400	33.400	33.400	
3.	Vermietung der Kulturstätte "Amtsrichterhaus", Reduzierung der Unterhaltungskosten			47.400	47.400	47.400	
4.	Reduzierung der Aufwandsentschädigung ab 10.2012 (<i>wird durch das IM befürwortet, Gespräch vom 06.09.2012</i>)		7.500	25.000	25.000	25.000	
5.	Bauhof Rissesanierung/Straßenschäden kl. Umfangs, Hofbefestigung in Eigenregie	25.000	12.500	12.500	12.500	12.500	
6.	Reduzierung des Aufwandes für den Neujahrsempfang, Deckung der verbleibenden Aufwendungen durch Sponsoring		12.500	12.500	12.500	12.500	
7.	Reduzierung Lehr- und Unterrichtsmaterial		20.000	15.000	15.000	15.000	
8.	Einsparung Personalkosten Bücherei (Beschluss SoKA 06.08.12)			20.000	20.000	20.000	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
9.	Einsparung Personalkosten Wirtschaftsförderung (Nachweis im Stellenplan ist erforderlich)		42.000	42.000	42.000	42.000	
10.	Personalkosteneinsparungen durch Nicht-Wiederbesetzung (Nachweis im Stellenplan erforderlich)			38.300	38.300	38.300	
B) Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€							
1.	Reduzierung der Zuweisungen an Vereine/Verbände (<i>Anforderung des IM / Prüfungsbereich des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010</i>)	6.640	3.300	3.300	3.300	3.300	
2.	Tiefbauabtl. Eigenleistungen statt Ingenieurleistungen (ab 2012 Mittelwert)	18.400	9.200	9.200	9.200	9.200	
3.	Auszug Frauenhaus, anschließende Veräußerung des Gebäudes		9.700				siehe I.B. Nr. 6.
4.	Ausschreibung Versicherungen			7.500	7.500	7.500	
5.	Theater, Erhöhung Eintrittspreise (Beschluss vom 07.05.12 SoKA)		1.500	1.500	1.500	1.500	
6.	Hortkosten, Beteiligung ASB und Johanniter an den Betriebskosten		1.500				
7.	Kündigungen Mitgliedschaften / Abos		400	400	400	400	
8.	Softwarepflegekündigung			3.000	3.000	3.000	
	Zwischensumme II. der Spalten:	50.040	161.100	312.000	312.000	312.000	
						Summe 2011 - 2015	1.147.140
Gesamtsumme der Spalten I. und II.		338.040	834.900	1.163.400	1.163.400	1.137.400	
						Summe 2011 - 2015	4.637.140

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
C)	Vorschläge der Fraktionen						
1.	<p>Personalkosten über Kooperationen mit Umlandgemeinden, z. B. Standesamt, Meldeamt, evtl. Tätigkeiten in den Bauämtern [Vorschlag der SPD]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Kooperationen werden bereits im Bereich EDV, Schulverband, in baulichen und abwasserrechtlichen Fragestellungen praktiziert. Dieses Thema wird regelmäßig auf Ebene der hauptamtlichen Bürgermeister und mit den Umlandgemeinden thematisiert.</p>			€	€	€	
2.	<p>Reduzierungen der Abteilungen sowie deren Führungskräfte (Grünflächenpflege, evtl. an Bürger abgeben, Blumenhändler, Winterdienst) [Vorschlag der SPD]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Auf neue Anforderungen an die Verwaltung, wie z. B.: Energie- und Klimaschutzmanagement, Social Media, Fluktuation von Führungskräften (ehemaliger Wirtschaftsförderer) wird mit der neuen Organisationsstruktur, die im Haupt- und Planungsausschuss am 18.9.12 und dann in der Stadtverordnetenversammlung am 27.9.12, vorgestellt werden wird, reagiert.</p>			0	0	0	
3.	<p>Ausführungen von Arbeitsabläufen über IT-Systeme, Glasfaserverkabelung mit Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der SPD]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Hier konnten in der Vergangenheit bereits in aktuellen Anforderungen entsprechend deutliche Verbesserungen der Arbeitsabläufe realisiert werden. Zum Thema Glasfaserverkabelung besteht auch im Rahmen der IT Kooperation Kontakt mit dem Amt Schwarzenbek Land. Regelmäßige Gespräche, enge Vernetzung und zukünftige Entwicklung sind dadurch gewährleistet.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
4.	Personalkosten senken [Vorschlag der SPD]			0	0	0	siehe II. A. Nr. 8., 9. 10.
5.	Prioritätenliste Dienstleistungen, Aufgaben. Hohe Dringlichkeit, nachgeordnete Dringlichkeit daraus das notwendige Personal ableiten [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
6.	Unerhebliche Dienstleistungen kostenneutral vorhalten [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
7.	Lizenzgebühren Open Source Programme verringern [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Stadt hat Lizenzen gespendet bekommen, einzelne Programme laufen nur in Verbindung mit den eingesetzten Programmen, der Schulungsaufwand für "Fremde" Programme ist erheblich</i>			0	0	0	
8.	Frequenz der Reinigungsarbeiten jeglicher Art reduzieren (außer öffentliche Toiletten) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Reinigung des Rathauses kostet tgl. 91 €, die der Grund- und Gemeinschaftsschule 450 €. Durch Reduzierung der Intervalle kann der dann entstehende Reinigungsaufwand zunehmen und die Kosten dadurch steigen. Zu berücksichtigen ist bei dieser Idee, dass der Reinigungsumfang des Gymnasiums vertraglich geregelt ist und hier kein unmittelbarer Einfluss auf die Reinigungsintervalle genommen werden kann. Sollten bei anderen Schulen Reinigungsintervalle geändert werden, hätte dies die Differenzierung schulischer Bereiche zur Folge.</i>			€	€	€	
9.	Öffnung Stadtbücherei evtl. um die Mittagszeit reduzieren [Vorschlag der SPD]			0	0	0	siehe II. A. Nr. 8.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>die Bücherei hat ein neues Konzept im Zusammenhang mit Personal und Öffnungszeiten entwickelt, welches bereits unmittelbar nach der Sommerpause im Sozial- und Kulturausschuss thematisiert worden ist.</i>						
10.	Bauhof Aufgabenreduzierung [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bei externen Vergaben entstehen Aufwand durch Ausschreibungen und Aufwand in der Ergebnisrechnung. Gleichzeitig kann dieses Thema im zuständigen Ausschuss mit einer detaillierten Übersicht der bisher wahrgenommenen Aufgaben thematisiert werden.</i>			0	0	0	
11.	städtischer Schriftverkehr per E- Mail [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>wird sofern rechtlich möglich schon umgesetzt; siehe auch C. Nr. 13</i>			0	0	0	
12.	Einwohnerinitiativen für öffentliche Grünflächen unterstützen, ansonsten ggf. einebnen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bereits zum jetzigen Zeitpunkt findet eine Unterstützung der entsprechenden Initiativen statt. Hinweise, Beratungen, Einwerben von Spenden, etc. spielen hierbei ebenfalls eine Rolle.</i>			€	€	€	
13.	Städtischer Schriftverkehr in E-Mail Form (Portoeinsparung z. B. Benachrichtigung Personalausweis) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>wird sofern rechtlich möglich schon umgesetzt</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
14.	Stromkosten senken (Wettbewerb in den Schulen mit Belohnung) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Derartige Wettbewerbe wurden bereits in der Vergangenheit mit Erfolg in den Schulen durchgeführt. Mit dem neuen Energie- und Klimaschutzkonzept wird das Thema Stromkostensenkung auch wieder stärker in den Fokus gerückt.			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
15.	Aufwendungen im EDV-Bereich (Fortbildung) auf 65% senken [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> hier werden die Kosten nicht nur für die IT-Abt. sondern für die gesamte Verwaltung dargestellt			0	0	0	
16.	Einsparungen Zuschüsse nichtstädtischer Einrichtungen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Die Zuschüsse an einzelne Institutionen sind differenziert zu betrachten. So ist die Anbindung der Kreismusikschule eine andere als z. B. der Drogenberatung. D.h., die unmittelbare zeitliche Wirkung ist differenziert zu betrachten. Tatsächlich besteht aber durchaus die Möglichkeit, im Bereich der sog. Freiwilligen-Leistung entsprechende Kürzung bis hin zur kompletten Streichung von Zuschüssen vorzunehmen. Bei der Gewährung von Zuschüssen für die Kreismusikschule sind beispielsweise vertragliche Regelungen zu beachten.			€	€	€	
17.	Ehrungen älterer Mitbürger (Altersgrenze) [Vorschlag der SPD]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Verwaltungsseitig wurde bereits vor längerer Zeit der Vorschlag gemacht, die Altersgrenze für Ehrungen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung von 80 auf 90 Jahre anzuheben. Tatsächlich bestand vielmehr der politische Wunsch Bedürfnis, auch Zuwendungen an "junge Erdenbürger" auszukehren. Für 2011 wurden im Rahmen der Alters- und Ehejubiläen rd. 1800 € ausgezahlt. Der Haushaltsansatz für den Bürgervorsteher beträgt 600 €, für Ehrengeschenke 600 €, der Fonds für besondere Anlässe 4.000 €. <u>Betreuung bejahrter Bürger 5.400 €</u></p>						
18.	<p>Verbrüderung (Vereinsarbeit, Haushaltsansatz in Frage stellen) [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der auf ehrenamtlichem Engagement beruhende Verein "Jumelage" befindet sich in Gründung. Um das Identitätsmerkmal Verbrüderung nicht zu gefährden und auch das ehrenamtliche Engagement in dem Zusammenhang nicht zu konterkarieren, sollte der Haushaltsansatz nicht komplett gekürzt werden. Nachzudenken ist auch, insbesondere vor dem Hintergrund des großen Verbrüderungstreffens im Jahre 2015 in Schwarzenbek über eine entsprechende Ausfallbürgschaft für diese Veranstaltung in 2015. Für 2015 sind im Plan 29.600 € vorgesehen, für 2012 7.600 €</p>			€	€	€	
19.	<p>Bürgerinfo nur noch als PDF-Datei (ev. einige Exemplare im Rathaus auslegen) [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Information wird über Werbung finanziert. Der Stadt entstehen keine Kosten.</p>			0	0	0	
20.	<p>Abbau von Spielplätzen, evtl. nicht mehr erforderlich (Prüfauftrag) [Vorschlag der SPD]</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Dieser Vorschlag wird in den zuständigen Ausschüssen zu beraten sein.</i>						
21.	Kommunaler Liquiditätsverbund [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Hier wäre der Konsolidierungsvorschlag zu konkretisieren. Sollte gemeint sein, dass z. B. Kassenkredite durch kommunale Gebietskörperschaften gemeinsam zu bewirtschaften wären, wäre in diesem Zusammenhang eine Genehmigung durch die Kommunalaufsicht des Kreises Herzogtum Lauenburg bzw. des Landes Schleswig-Holstein erforderlich. Es ist aber davon auszugehen, dass diese "Bankgeschäfte" keine kommunalrechtliche Genehmigung erhalten würden.</i>			0	0	0	
22.	Kreisumlage kürzen , Kürzungen des Kreises gegenrechnen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Eine Möglichkeit, die Kreisumlage zu kürzen, wird mangels Rechtsgrundlage nicht gesehen. Tatsächlich müsste der Bürgermeister diesem Anliegen widersprechen. Faktisch kann die Kreisumlage nur durch politische Beschlüsse des Kreistages erfolgen, d. h., hier sind insbesondere die politischen Vertreter der Kreistagsfraktion gefordert. Ob hierzu entsprechende Mehrheitsbeschlüsse im Kreistag erfolgen, erscheint zunächst zumindest fragwürdig.</i>			0	0	0	
23.	Straßenbeleuchtung mit dem Ziele der Einsparungen [Vorschlag der SPD]			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Dieses Thema wurde mehrfach im Bauausschuss (u.a. 02.02.2012) aufgegriffen. Der städtische Kostenanteil ist in dem Zusammenhang als nicht unerheblich zu beziffern, so dass tatsächliche Einspareffekte erst nach einem längeren Amortisationszeitraum gewährleistet wären. Da hierfür entsprechende Investitionen notwendig wären und diese nach aktueller Haushaltslage nur durch Kredite zu finanzieren wären, erscheint die kommunalaufsichtliche Genehmigung in dem Zusammenhang zumindest fragwürdig. Zumindes müsste im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsberechnungen die Vorteilhaftigkeit der Investitionen nachweisbar sein.</p>						siehe auch Stellungnahme zu C Nr. 79
24.	<p>Blockheizkraftanlagen [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Im Rahmen des Klimaschutzprojektes wurde der Ersatz von zentralen Heizungsanlagen (ehemalige Realschule, Verbandsschule) erörtert. Es ist ein Auftrag für eine Studie, die wirtschaftlichste Energieform zu finden, erteilt worden.</p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
25.	<p>Brückenbeleuchtung [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Brücke ist mit energiesparenden NAV-Leuchten ausgestattet. Der Abstand der einzelnen Leuchten steht in Abhängigkeit mit der Schattenbildung der Beleuchtungskörper. Der Abstand ist für eine gleichmäßige Ausleuchtung erforderlich. siehe Hinweis darüber hinaus auch Zeile C Nr. 79. und 23.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
26.	Dividendenzahlung Stadtwerke [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die wahrscheinlich gemeinte Gewinnausschüttung der Stadtwerke unterliegt gesetzlichen Bestimmungen und den Beschlüssen des Aufsichtsrates. Die Stadtwerke erwirtschaften keinen ausreichenden Gewinn. Um den Mindestgewinn auszuweisen wurde für das Jahr 2012 Verpflichtungen vorgetragen.</i>			€	€	€	
27.	Kleingartenpacht erhöhen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Erhöhung war bereits Thema in den Ausschüssen, die Pachtzahlungen werden auf Wunsch noch einmal thematisiert</i>			€	€	€	
28.	Vermietung städtischer Räume zu attraktiven Preisen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Richtlinien und Satzungen liegen vor, Einnahmen werden erzielt</i>			€	€	€	
29.	Bauhoffahrzeuge ev. vermieten [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>hiervon wird verwaltungsseitig auch aus versicherungstechnischen Anforderungen abgeraten</i>			0	0	0	
30.	Kommunallotterie, 50% Stadt. 50%Ausschüttung [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
31.	Fördertöpfe [Vorschlag der SPD]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Die angestrebte Verwaltungsstruktur, die zum 1.10.2012 umgesetzt werden sollte, sieht auch die verstärkte Auseinandersetzung mit der Zuschusseinwerbung von EU-, Bundes- und Landesmitteln vor. Tatsächlich konnten nur für nichtstädtische Projekte in Schwarzenbek im Rahmen der Aktivregion Sachsenwald Elbe bereits erhebliche Mittel eingeworben werden.</i>						
32.	Netzentgelte [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Konzessionsverträge bestehen, Abgaben werden vereinnahmt</i>			0	0	0	
33.	Weihnachtliche Beleuchtung Rathausfenster Dekoration im Rathaus [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Einsparungspotential kann nicht beziffert werden, Umsetzung grundsätzlich möglich.</i>			0	0	0	
34.	Stadtrundfahrt Senioren [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: die Stadtrundfahrt wurde im Rahmen der Haushaltsberatung 2012 ausdrücklich erwünscht, die Fahrt verursacht Kosten von ca. 400 €</i>			400	400	400	
35.	Repräsentationskosten kürzen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: siehe Ausführungen zu C Nr. 17.</i>			€	€	€	
36.	Weihnachtshilfswerk völlige Orga. durch Wohlfahrtsverbände [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: bitte an die Verbände kommunizieren</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
37.	Erbpacht [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bestehende Verträge werden laufend überprüft und im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten fortlaufend erhöht.</i>			0	0	0	
38.	Zusammenlegung der Grundschule Nordost und der Grundschule (Comeschule) unter einer Schulleitung [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Ggf. organisatorische Verbesserung, zunächst ohne finanzielle Verbesserung</i>			0	0	0	
39.	Einrichten von Hortplätzen alternativ feste Grundschulzeiten [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Elternbeitrag wurde von 85 € auf 100 € erhöht, die Sozialstaffelregelung ist entfallen (Beschluss vom 07.06.2012 StVV)</i>			0	0	0	siehe I. A. Nr. 19.
40.	Bewirtschaftung der Park- und Ride Plätze am Bahnhof [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>durchführbar; lt. Beschlussvorlage vom 29.09.2011- siehe Anlage- besteht bereits im ersten Betriebsjahr die Möglichkeit, höhere Erträge als Aufwendungen zu erwirtschaften. Die vorhandene Kalkulation wird zur Verfügung gestellt, bei Bedarf wird diese überarbeitet und aktualisiert.</i>			35.000	35.000	35.000	siehe I. A. Nr. 25.
41.	Umzug der VHS, z.B. in die Verbandsschule Nordost [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Durch den Einzug der Centa-Wulf-Schule gibt es z.Zt. keine freien räumlichen Kapazitäten. Aber im Übrigen wird der Umzug geprüft. Begehungen fanden bereits statt.</i>			0	0	0	siehe II. A. Nr. 2.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
42.	Reduzierung der Aufgaben (Vergabe) und des Personals am Bauhof [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Eine Auftragsvergabe an Dritte setzt ein Vergabeverfahren voraus. Dieses ist von städtischen Mitarbeitern oder auch Dritte durchzuführen. Beide Varianten verursachen Kosten; bei externer Vergabe belasten die eingehenden Rechnungen die Ergebnisrechnung im Aufwand.</i>			0	0	0	
43.	Vergabe von Pflegearbeiten (Bauhof) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>siehe Stellungnahme zu C Nr. 42.</i>			0	0	0	
44.	Kostendeckender Kartenverkauf bei der Kleinen Bühne [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Zuschuss für die Theaterveranstaltungen betragen nach Preiserhöhung 7.000 €</i>			€	€	€	siehe II. B. Nr. 5.
45.	Energieeffiziente Straßenbeleuchtung (Vergabe an private Anbieter) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Straßenbeleuchtung wurde bereits in den Ausschüssen beraten. Den Vorschlag der Vergabe an private Anbieter bitte konkretisieren.</i>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
46.	Solaranlagen auf städtischen Dächern [Vorschlag der CDU]			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Eine Anlage ist durch die Aufnahme von Krediten zu finanzieren. Die Einspeisevergütung wurde geändert, eine Prognose über die Amortisation wird erst nach konkreter Ermittlung der Dachflächen, Ausrichtung der Anlage, Einwirkungen der Sonneneinstrahlung etc. möglich sein.</i>						
47.	Umzug der Centa Wulf Schule, ggf. Kooperation mit Mölln prüfen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Umzug der Centa-Wulf-Schule ist vollzogen. Eine Kooperation mit der Schule in Mölln hätte organisatorische Auswirkung aber zunächst keine finanziellen Verbesserungen.</i>			0	0	0	siehe II. A. Nr. 1.
48.	Verkauf Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bei Verkauf zum Restwert von 684.509,76 € können 4 % des Verkaufserlöses in Ansatz gebracht werden (17.000 €).</i>			€	€	€	
49.	Verpachtung Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bei Verpachtung zu 3,50 €/qm betragen die Mehreinnahmen / Einsparungen ca. 63.475,00 €. Gespräche mit einem möglichen Pächter haben selbst einen Preis von 3,50 €/m² nicht zu erzielen vermocht.</i>			€	€	€	
50.	Vermietung Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU]						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Bei Vermietung der Dachgeschosswohnung zu 3,50 €/qm betragen die Mehreinnahmen / Einsparungen ca. 5.019,70 €. Es war bisher nicht möglich, die Wohnung zu vermieten. Dies lässt es zumindest zweifelhaft erscheinen, dass eine Vermietung der Wohnung auch aufgrund des Zuschnittes tatsächlich möglich ist. Ferner ist die Nutzung des Objekt durch Vermietung der Wohnung eingeschränkt. Die Nutzung des Amtsrichterhauses ist vorrangig zu klären.</i>						
51.	Amtsrichterhaus: Kooperation mit dem Betreiber altes Amtsgericht / Gefängnis [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Vorschlag wird aufgegriffen, Gespräche sind zugegebener Zeit zu führen. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird zunächst die Fertigstellung des alten Amtsgerichts angestrebt, bevor weitere Aktivitäten aufgenommen werden.</i>			€	€	€	
52.	Personaleinsparungen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Wird im Einzelfall immer geprüft</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9, 10.
53.	Besetzungssperre für freigewordene Stellen (Anzahl) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Wird im Einzelfall immer geprüft</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9, 10.
54.	Auflistung der nicht gesetzlich begründeten Aufgabenbereiche / Stellen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Umfangreiche Überprüfung der Stellen läuft</i>			€	€	€	
55.	Verkauf der Realschule [Vorschlag der CDU]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Der Pavillon wird zur Zeit genutzt, Fragen zur Heizungsanlage sind noch nicht gelöst, könnten aber im Rahmen des Energie- und Klimaschutzes aufgenommen werden. Der Wert des Grundstücks / Gebäudes beziffert sich in der Anlagenbuchhaltung auf 1.201.879 €, 4% hiervon sind ca. 48.000 €. Auch aufgrund der Situation betreffend der Veräußerung von Markt 6 und 8 kann wohl behauptet werden, dass dieser Wert bei der derzeitigen Marktlage keinen realistischer Ansatz zur Veräußerung darstellt.</i>						*) siehe Stellungnahme der Verwaltung
56.	Stadtbücherei: Aufgabenerledigung über Schulen prüfen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Eine Realisierung ist aufgrund der personellen und räumlichen Situation zurzeit nicht umsetzbar.</i>			0	0	0	
57.	Stadtbücherei: Privatisierung prüfen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Grundsätzlich denkbar ist ein Trägerschaftswechsel, künftig z. B. durch einen Büchereiverein sowie die Ausstattung durch Ehrenamtliche. Bitte Beschluss im SoKa zur Prüfung herbeiführen.</i>			€	€	€	
58.	Stadtbücherei: Auf jeden Fall Reduzierung der Öffnungszeiten, um mindestens eine Stelle einzusparen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>bereits umgesetzt</i>						siehe II. A. Nr. 8.
59.	Einstellung der Schulsozialarbeit und Personalfreisetzung [Vorschlag der CDU]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Für die Schulsozialarbeit erhält die Stadt einen Zuschuss aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von derzeit rund 59.000 €, welcher noch für das Jahr 2013 gezahlt wird. Es besteht eher weiterer Bedarf, so die Fachpraktiker und Sachverständigen. Die Schulsozialarbeiterin hat in den politischen Gremien über ihre Arbeit berichtet und die Notwendigkeit erläutert. Dabei wurde vorgestellt, dass der heutige Bedarf nicht abgedeckt wird und durch die erfolgreiche (Präventions-)Arbeit auch Folgeschäden verhindert werden können.						
60.	Mensabetrieb an den Schulen auf Kosten / Notwendigkeit prüfen; evtl. Einstellung kpl. oder teilweise [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Grundsätzlich eingeschränkt möglich, eine Preisanpassung wurde zwischenzeitlich vorgenommen (SoKA vom 07.05.12)						siehe I. B. Nr. 9.
61.	Einsparung von mindestens einer Person bei der Anzahl der Hausmeister [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Hausmeistersystem wird derzeit überarbeitet und das Ergebnis von der Verwaltung im Jahr 2013 vorgestellt. Durch die geänderte Nutzung einzelner Gebäude könnte die Einsparung eine Stelle (ca. 50.000 €) dem Grunde nach möglich sein. Dennoch rät die Verwaltung dringend davon ab, Kapazitäten zu reduzieren. Die Reduzierung hätte zur Folge, dass eine Vielzahl von Veranstaltungen abgesagt, Öffnungszeiten reduziert und weniger Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden könnten.			€	€	€	
62.	Poolbildung für alle Hausmeistertätigkeiten und Einsatzsteuerung über den Pool [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> siehe C Nr. 61.			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
63.	<p>Feuerwehr-Gerätewart als hauptamtliche Festeinstellung einsparen, Erledigung wie früher über das Ehrenamt planen und erledigen [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> möglich: bei Wegfall der Personalkosten würden sich die Feuerwehrgebühren verringern; der Aufwand könnte sich erhöhen, da evtl. mehr Reparaturen in Auftrag gegeben werden müssen; Pflege des Außengeländes und Hausmeisterdienste müssen vergeben oder von anderen übernommen werden</p>			€	€	€	
64.	<p>Stadtarchivar nicht mehr vorhalten und Austritt aus der Archivgemeinschaft (kein Ersatz), Archivierung wie früher erledigen [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Verzicht auf eine Archivierung ist nach den Bestimmungen des Landesarchivgesetz SH nicht möglich. Danach nehmen Gemeinden dieses Aufgaben eigenverantwortlich wahr. Durch die Mitgliedschaft der Stadt in der Archivgemeinschaft hat die Stadt eine kostengünstige Lösung für die se Aufgabe gewählt, ferner konnten die Kosten durch die Neubesetzung weiter reduziert (für die Mitgliedschaft z.Zt. ca. 20.000 €) werden. Darüber hinaus wurde auf der Tagung der Hauptverwaltungsbeamten im Jahr 2011 die Variante der Archivgemeinschaft ausdrücklich von Vertretern des Landesrechnungshofes gelobt.</p>			0	0	0	
65.	<p>Eine Gleichstellungsbeauftragte für die städtische Verwaltung ist heute nicht mehr erforderlich, da der Anteil der Frauen auf jeder Ebene übererfüllt ist. Die Stelle ist aufzulösen [Vorschlag der CDU]</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> ab 15.000 Einwohner ist eine Gleichstellungsbeauftragte verpflichtend. GB ist nicht nur für MA des Rathauses Ansprechpartner. Beschluss für hauptamtliche GB StVV vom 27.03.2009 mit 20 Ja und 2 Nein Stimmen.						
66.	Im Bauamt ist 1 Person einzusparen, da die Aufgabenfülle nicht mehr zu erwarten ist, es muss auch nicht alles, was geprüft vorgelegt wird, erneut überprüft werden [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Reduzierung hat schon stattgefunden, eine Stelle ist zur Zeit nicht besetzt.			0	0	0	
67.	Standesamt: Vereinbarung über eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen / Einrichtungen vereinbaren, z. B. mit dem Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Diese Angelegenheit wurde bereits überprüft; eine Kooperation ist abhängig von verschiedenen Faktoren. Tatsächlich findet eine Zusammenarbeit gegen Kostenerstattung statt.			0	0	0	
68.	Meldeamt: Vereinbarung über eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen / Einrichtungen vereinbaren, z. B. mit dem Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> siehe Anmerkung zum Standesamt unter C Nr. 67.; in diesem Bereich findet noch kein Austausch bzw. Unterstützung statt			0	0	0	
69.	Empfang im Eingangsbäude Rathaus auflösen: die Beschilderung zur Orientierung ist evtl. zu ergänzen [Vorschlag der CDU]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Zentrale bedient schätzungsweise 50 % aller Bürgeranliegen, die anderenfalls in den Fachabteilungen bearbeitet werden müssten. Unsere Kunden müssten mit jeder kleinen Anfrage oder Bitte in die Büros, was die Arbeitsgänge deutlich verlangsamten würde. Die Kolleginnen und Kollegen der Zentrale haben eine Reihe weiterer Verwaltungsaufgaben, die von dort erledigt werden.						
70.	Benutzungsgebühren überarbeiten / neu kalkulieren und bei Inanspruchnahme auch konsequent durchsetzen / anwenden [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Grundsätzlich sind ein Teil von Gebühren nach dem KAG zu kalkulieren. Dieser Aufgabe kommt die Stadt nach. Ein weiterer Teil wird vom Landesrecht festgesetzt, hierauf hat die Stadt keinen Einfluss. Z.B. schöpft der FB 1 Gebührenmöglichkeiten aus; Sondernutzung könnten nach Möglichkeit durch Verpachtung ersetzt werden;			€	€	€	
71.	Eingangspost über Vorzimmer BM öffnen und zur weiteren Bearbeitung - nach Prüfung - verteilen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bearbeitungsverzögerungen würden entstehen			0	0	0	
72.	Eigenbetrieb Abwasser ausgliedern in die Stadtwerke GmbH, dadurch Synergieeffekte nutzen und die Geschäftsführung reduzieren (nur 1 GF und je 1 Leiter der kaufm. und techn. Leitung erforderlich) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der AR der Stadtwerke hat von dieser Idee aus rechtlichen Gründen Abstand genommen.			0	0	0	
73.	Bürgerservice sinnvoll ausbauen, dafür Personalreduzierungen in den Fachabteilungen durchsetzen [Vorschlag der CDU]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Fachlich nur in wenigen Teilbereichen möglich. Wird überprüft.; evtl. räumliche und bauliche Hindernisse</i>						
74.	Verwaltungsseitige Teilnahme an Sitzungen auf eine Person reduzieren, diese muss sich sachkundig informieren, um über die TOP der Sitzung Auskunft geben zu können (Ziel ist der Abbau von Mehrstunden) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Vorschlag der Verwaltung: Der Ausschuss Vorsitzende lädt den gewünschten Ansprechpartner der Verwaltung termingerecht ein.</i>			0	0	0	
75.	Verkauf ehem. Frauenhaus vor dem Herbst 2012, da keinerlei U-/Bewirtschaftungskosten mehr anfallen dürfen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Verkauf ist für 2012 geplant.</i>						siehe B I. Nr. 6.
76.	Reduzierung der im Verhältnis hohen Fehlzeiten durch Krankheit um 1,5 % - Punkte; auch mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten!!! [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Viele kostenlose Möglichkeiten wie z. B. intensive Betreuung durch Führung und Personalamt. eingeführt. Sollten Sie andere "Möglichkeiten" meinen, bitte definieren</i>			0	0	0	
77.	Verhandlungen mit der Gemeinde Grabau aufnehmen über die zukünftige Beteiligung an der neu zu gliedernden Schule Nordost [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Schullastenanteil für Grabau liegt abgängig von der Schülerzahl bei zur Zeit ca. 19.000 €</i>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
78.	<p>Ausschaltung sämtlicher Ampeln im Stadtgebiet von 20:00 Uhr bis 05:00 Uhr; es gilt die StVO; die Verkehrsteilnehmer werden es danken!!! [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Diese und andere Möglichkeiten werden bereits überprüft. Grundsätzlich besteht Verkehrssicherungspflichten, die nicht außer Acht gelassen werden können.</p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutz werden.
79.	<p>Ausschaltung mit System für sämtliche öffentliche Beleuchtungen (incl. Straßenbeleuchtung) ausarbeiten und einführen [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der BA hat sich mit dem Thema mehrfach befasst. Die Gütemerkmale für die Straßenbeleuchtung sind in der europäischen Norm DIN EN 13201 "Straßenbeleuchtung" festgelegt. Mit dieser Norm wird der Grundsatz verfolgt, dass die Qualität der Straßenbeleuchtung umso höher sein muss, je höher das Sicherheitsrisiko für die Verkehrsteilnehmer ist. Die Gütemerkmale der Beleuchtung werden auch u.a. bestimmt von der Verkehrsstärke, Begegnung von Fußgängerkehr und ruhendem Verkehr. Abgesehen von diesen objektiven Gütemerkmalen spielt bei Bürgern ein nicht zu vernachlässigendes subjektives Sicherheitsempfinden hinsichtlich Beleuchtung eine Rolle.</p>			€	€	€	siehe Hinweis zu C Nr. 78. siehe Hinweis zu C Nr. 23.
80.	<p>Austritt der Stadt bei der Beteiligung an den Schülerbeförderungskosten [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Austritt ist nicht möglich. Die Stadt hat nach § 114 SchulG als Schulträger die Kosten der Schülerbeförderung zu tragen.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
81.	Prüfung zur Einführung einer jährlichen, freiwilligen Feuerwehr-Abgabe (in Bayern z.B. sind die Feuerwehren Vereine und jeder Erwachsene ist zu einer jährlichen Abgabe zwangsverpflichtet) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Eine derartige Abgabe wird lt. Auskunft des IM in SH von keiner Kommune in SH erhoben. Eine schriftliche Anfrage zur Klärung wurde beim IM von Seiten der Verwaltung gestellt.</i>			0	0	0	
82.	Private Beteiligung an öffentlichen Einrichtungen prüfen; unter festen Renditegesichtspunkten (z.B. maximal 2 % Rendite) ohne persönliche Einflussnahme (z.B. Stadtwerke, Eigenbetrieb Abwasser oder entsprechendes) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die vorgeschlagene Rendite liegt unterhalb der aktuellen Inflationsrate, daher dürfte sie für wenige interessant sein.</i>			0	0	0	
83.	Antragstellung bei dem Innenministerium Schleswig-Holstein auf Fortschreibung der Landesplanung und Ausweisung der Stadt Schwarzenbek als Mittelzentrum [Vorschlag der FWS] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Ausweisung der Stadt Schwarzenbek als Mittelzentrum ist durchaus wünschenswert und vom Bürgermeister letztmalig bei IM am 06.09.2012 thematisiert worden. Im IM fand diese Anregung leider nicht die erwünschte Resonanz. Ob und wann das Innenministerium im Zuge der Fortschreibung der Landesplanung die Stadt Schwarzenbek tatsächlich als Mittelzentrum ausweist, kann von hier nicht beurteilt werden. Die letzte Fortschreibung der Landesplanung erfolgte im Kalenderjahr 2010; diese dient als Grundlage für die räumliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2025. Insoweit ist eine zeitnahe Ausweisung der Stadt als Mittelzentrum nicht zu erwarten.</i>						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
84.	Vermarktung der Namensrechte für städtische Sporthallen [Vorschlag der FWS] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Hier wurden /werden bereits Gespräche geführt. Über erste Ergebnisse hatte der Bürgermeister in den politischen Gremien berichtet.</i>						
85.	Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Stadtgebiet [Vorschlag FWS] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>siehe hierzu C Nr. 135.</i>						
86.	Kein weiterer Ausweis von Baugebieten [Vorschlag FWS] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Ausweisung von Baugebieten liegt in der Verantwortlichkeit der politischen Gremien der Stadt Schwarzenbek.</i>						
87.	Ausweisung von Nutzungsflächen für Windkraftanlagen vom Innenministerium [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Antrag wurde zurückgezogen. Darüber hinaus ist eine Ausweisung von Flächen wegen fehlender Windgeschwindigkeit und vorgeschriebenen Mindestabstandsflächen zur Wohnbebauung nicht möglich (siehe HAPI 15.11.11 TOP 7 und 19.06.12 TOP 5 - Teilfortschreibung der Regionalpläne).</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
88.	Gründung einer solaren Betreibergesellschaft in Schwarzenbek für eine solare Nutzung von stadt-eigenen Dachflächen zu initiieren [Vorschlag der FDP]			€	€	€	Diese Themen (C Nr. 88. - 90.) können im Rahmen des Energie- und Klimaschutz- konzeptes aufgegriffen werden.
89.	Mögliche Investitionen in eine solaren Betreibergesellschaft [Vorschlag der FDP]						siehe Hinweis zu C Nr. 88.
90.	Detailplanung für die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf stadt-eigenen Gebäuden sind durchzuführen [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung :</i> zu lfd. Nr. 88.- 90. siehe C Nr. 46 der Aufstellung. Die Anträge "Solare Betreibergesellschaft" und "Solare Investitionen" werden von der StVV am 07.06.2012 in den HAPI verwiesen.						
91.	Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Detailplanung für die Installation von Photovoltaik-Anlagen [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung :</i> zu lfd. C Nr. 91. wurde der Antrag auf Bitten der FDP-Fraktion in der StVV 07.06.2012 den Bauausschuss verwiesen.						siehe Hinweis zu C Nr. 88.
	<i>Stellungnahme der Verwaltung :</i> Der Antrag wurde in der StVV am 07.06.2012 an den Haupt- und Planungsausschuss verwiesen.						
92.	Erstellung eines Businessplans für die Schwarzenbek Marketing GmbH sowie Aufnahme der Innenstadtplanung durch die Verwaltung oder die Schwarzenbek Marketing GmbH [Vorschlag der FDP]						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
93.	Keine Verlängerung von Zeitverträgen / Keine Neueinstellungen ohne Zustimmung HA [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Das kann im Einzelfall großen Schaden anrichten und ganze Abteilungen zum Erliegen bringen. Wenn es Sinn macht, werden Verträge natürlich auch nicht verlängert.</i>			0	0	0	
94.	Stadtwerte ausbauen: Wasser / Abwasser / Bauhof / Energie / Gebäude / Grundstücke / Abwasser / Internet - auch Bewirtschaftung inkl. Reinigung und Hausmeister etc. Kooperation mit anderen Stadtwerten (Geesthacht) [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Abwasserversorgung ist aus gesetzlichen Gründen in öffentlicher Hand zu belassen.</i> <i>Siehe hierzu auch die Antwort der Verwaltung zur StVV vom 27.09.12.</i>			0	0	0	
95.	Die Versorgung - Wasser / Gas / Strom (Leitungen und Netze) muss wieder in die öffentliche Hand. Flächen für erneuerbare Energien nutzen (Bürgergenossenschaft?) [Vorschlag der "Grünen"]			0	0	0	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
96.	Der Bereich soll zu 100 % in öffentlicher Hand bleiben. Aufsichtsrat durch die STVV zu wählen. Beteiligungen anderer öffentlicher Träger möglich. [Vorschlag der "Grünen"]			0	0	0	
97.	Gründung eines Energieausschusses (wie Geesthacht) um ein Energiekonzept zu erarbeiten und um die Umsetzung zu begleiten. [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Ein zusätzlicher Ausschuss verursacht Kosten.</i>						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
98.	Vermarktung von ungenutzten Immobilien (Realschule / Markt 6 u. 8 / Bauhof etc. [Vorschlag der "Grünen"] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Vertragsverhandlungen für den Bauhof sind abgeschlossen, Markt 6 und 8 stehen zum Verkauf, auch hier werden Gespräche geführt, Konzept/ Nutzung Realschule muss entschieden werden</i>			€	€	€	siehe I. 1 A 11., 12, 22.
99.	Die Stadt Schwarzenbek könnte Geld sparen, indem sie die seit Jahren leerstehende ehemalige Realschule sinnvoll nutzt. So könnte man auch durch Vermietung einzelner Gebäudeteile Einnahmen verzeichnen. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Zurzeit wird über die Nutzung des ehemalige Realschulgebäude beraten. Hierbei werden verschiedene Möglichkeiten betrachtet, z.B. das Gebäude zunächst in begrenztem Umfang weiter zu nutzen, aufzugeben oder zu veräußern. Ausschlaggebend werden die zu erwartenden Kosten bzw. Einsparungen sein. Der Vorschlag kann dahingehend erweitert werden, dass das Gebäude insgesamt veräußert wird. So würden neben der einmaligen Einnahme auch die sich im sechsstelligen Bereich befindlichen Unterhaltskosten entfallen.</i>			€	€	€	siehe C Nr. 55. und 98.
100.	Wie bereits im letzten Jahr von mir angemerkt, die Wasseruhrenstände nicht mehr durch kostenpflichtige Ableser/innen ermittelt. Stattdessen könnte man wie schon seit Jahren praktiziert eine entspr. Bekanntmachung in den Tageszeitungen veröffentlichen, bis wann die Wasseruhrenstände telefonisch, per Fax, E-Mail o.ä. von den Verbrauchern an die Stadt gegeben werden müssen. Die dann noch fehlenden Angaben könnte man immer noch den Ableser/innen übermitteln. Somit würde man hier Personalkosten einsparen. [Vorschlag der Bürger]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ablesekosten belasten nicht den Städtischen Haushalt, weil die Wasserversorgung durch die Stadtwerken erfolgt. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit Zählerstände von den Verbrauchern ablesen zu lassen, jedoch ist hierbei zu bedenken, dass bei Selbstablesung erfahrungsgemäß eine höhere Fehlerquote bei der Ermittlung des Wasserzählerstandes vorlag.</p>						
101.	<p>Ich schlage eine Katzensteuer vor (100€ für nachweislich kastrierte/sterilisierte Katzen, 200€ für alle anderen), damit wäre a) ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, b) ein Schritt in Richtung Gleichbehandlung von Tierhaltern und c) ein Beitrag gegen unkontrollierte Vermehrung und überlaufende Tierheime getan! [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Katzensteuer ist in vielen Gemeinden bereits erörtert worden. Bisher ist jedoch keine Gemeinde bekannt, die eine Katzensteuer erhebt. Das Vorhaben der Einführung einer Katzensteuer bedarf eines Genehmigungsverfahrens und bedeutet einen hohen Verwaltungsaufwand für die Erhebung. Der Nachweis von Katzen ist recht schwierig. Es ist auch zu befürchten, dass infolge einer Steuer immer mehr Katzen ausgesetzt werden könnten, die Kosten für das Tierheim steigen und die Katzenpopulation rasant ansteigen würde.</p>			0	0	0	
102.	<p>Ich schlage vor, alle Vorschläge zu veröffentlichen (auch abgelehnte mit Ablehnungsgründen) weil nach deren Studium der eine oder andere Bürger durch Änderungen oder Ergänzungen einem Vorschlag mehr Dynamik oder neues Leben einhauchen könnte. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> wird gemacht</p>						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
103.	Sehr geehrte Damen und Herren, also mein Vorschlag wäre ähnlich wie in Hamburg eine Gebühr für den Bürgerservice. An- und Ummeldungen, Personalausweis Beantragung sind in Hamburg gebührenpflichtig. Warum nicht auch in Schwarzenbek. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Gebühren im Einwohnerwesen sind landesrechtlich geregelt. Die Erhebung von zusätzlichen Gebühren ist daher nicht möglich.</i>			0	0	0	
104.	Da die Stadtverordneten und Ausschussmitglieder (noch) nicht am Hungertuche nagen, wäre es denkbar, auf die üppigen Sitzungsgelder, die z.T. auch für nur kurzzeitige Teilnahme voll gezahlt werden, zu verzichten. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Ein Verzicht auf Aufwandsentschädigungen, auch bei nur teilweiser Teilnahme oder bei kurzen Sitzungen, ist nach aktueller Rechtsprechung nicht zulässig. Möglich ist nur eine Absenkung der Höhe der Entschädigungen.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 4.
105.	Und: brauchen wir wirklich alle 122 Stellen des Stellenplans ? [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Bei jeder Nachbesetzung wird geprüft, ob die Aufgaben nicht anderweitig erledigt werden können. Zurzeit prüfen wir, welche Aufgaben aus rechtlichen Gründen zwingend erledigt werden müssen und welche verzichtbar sind. Sollte sich ein Stellenüberhang ergeben, wird es Reduzierung geben.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8., 9., 10.
106.	Jegliche Zuschüsse an den Verein SiWa. Ich finde es sehr gut, dass der See bewacht wird, aber die Rettungsschwimmer bekommen einen richtig hohen Stundenlohn dafür, dass hat nichts mit Ehrenamtlichkeit wie in der Feuerwehr zu tun, und der Verein behauptet sie wären ehrenamtlich. [Vorschlag der Bürger]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Es wird zurzeit kein Zuschuss bewilligt.</i>						
107.	Nachdem Verdi für die Kommunen erfolgreich ein Stellenabbauprogramm durchgesetzt hat, wird der Stadt zur Konsolidierung des Haushaltes wohl nur die Reduzierung der Personalkosten verbleiben. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Haushalt ist allein durch die Reduzierung der Personalkosten nicht zu sanieren. Im Übrigen siehe C Nr. 105.</i>						siehe II. A. Nr. 8., 9., 10.
108.	Die Stadt hat so ziemlich alle freiwilligen Leistungen gekürzt; insbesondere auch im Sport. Schon lange war es mir ein Dorn im Auge, dass Straßen von der Stadt "freiwillig" gereinigt werden. Als ein Beispiel kann ich die Lauenburger Straße anführen; insbesondere den Geh- und Radweg. Nach der Satzung ist dies allein Aufgabe der Anlieger. Seit 2007 versuche ich zu ergründen, warum Jahr für Jahr der Bauhof diese Aufgaben im Winter für die Anlieger übernimmt; auch in diesem Jahr. Aber wenn keine Antwort kommt, kommt auch keine Nachfrage. Ist zwar nicht ideal, aber was soll's. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Es trifft zu, dass auch im Sportbereich freiwillige Leistungen gekürzt wurden. Die Kosten die Bewirtschaftung und Unterhaltung des Sportplatzes Schützenallee und der Sporthalle Buschkoppel werden weiterhin von der Stadt getragen. Hierfür wendet die Stadt jährlich ca. jeweils 170.000 € auf.</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
109.	<p>Ebenso habe ich in den vergangenen Jahren (letztmalig 2011) feststellen müssen, dass auch die Bahnhofstraße gereinigt wird, ohne dass es dafür eine Verpflichtung durch die Stadt gibt. Im vergangenen Jahr habe ich sogar auf dem Weg zum Bahnhof beobachten können, dass 3 Mitarbeiter (2 männlich, 1 weiblich) des Bauhofes das Unkraut aus den Rinnsteinen entfernt haben. Eine klassische Aufgabe der Anlieger. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Bahnhofstraße wird nicht maschinell durch die Straßenreinigungsfirma gereinigt. Dies soll auf Grund des Kopfsteinpflasters nicht geschehen. Es ist möglich, dass das Kehrfahrzeug durch diese Straße fährt, um in eine andere zu gelangen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauhofes waren in den öffentlichen Grünflächen (Straßenbegleitgrün) tätig.</i></p>			0	0	0	
110.	<p>In der Uhlenhorst (in der ich selbst wohne und immer regelmäßig die Rinnsteine reinige) ist erst am letzten Freitag der Reinigungsdienst durch die Straße gefahren. Warum? Das ist Aufgabe der Anlieger. Und bis auf wenige Ausnahmen (das kann man sehr gut sehen, wenn man mal offenen Auges durch die Straße geht) wird das auch von den "alten" Uhlenhorstern gemacht. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>In der Uhlenhorst ist die Straßenreinigung lt. Satzung den Anliegern nur auferlegt für das Teilstück von der Einmündung der Schmiedestraße bis zur Einmündung der Kollower Straße. Das restliche Stück wird maschinell gereinigt.</i></p>			0	0	0	
111.	<p>Ich bin sicher, dass es noch mehr Maßnahmen gibt, die in dieser Richtung als "freiwillige" Leistungen ausgeführt werden. Angesichts der leeren Kassen sollte die Stadt diese beispielhaft genannten freiwilligen Leistungen einstellen. [Vorschlag der Bürger]</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Stadt obliegt eine Pflicht zur Sicherung von Gefahrenquellen, deren Unterlassung sonst zu Schadensersatzansprüchen führen kann.</i>						
112.	Die Stadt scheint weiter ein magischer Anziehungspunkt von Werbung auf öffentlichem Grund (also Plakate) zu sein. Um diesen "Wildwuchs" zu steuern, sollten hierfür die Sondernutzungsgebühren kräftig erhöht werden. Dies wird der Stadt gut bekommen; entweder finanziell oder zumindest optisch. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Sondernutzungsgebühren werden erhoben. Unberechtigt aufgestellte Schilder / Plakate werden u.a. von Mitarbeiter/Innen des Bauhofes entfernt.</i>						
113.	Die Stadt scheint die Kontrolle des "ruhenden Verkehrs" eingestellt zu haben. Da diese Aufgabe bisher auch keine Beamten der Stadt wahrgenommen haben, kann es keine hoheitliche Aufgabe sein. Die Stadt sollte sich hier einen Dienstleister suchen, der diese Aufgabe übernimmt. Mit dem Dienstleister müsste dann ein prozentualer Anteil an den tatsächlichen Einnahmen der Bußgelder vereinbart werden. Das hätte für die Stadt m.E. 2 Vorteile. Zum Einen braucht sie hierfür kein eigenes Personal; zum anderen kassiert sie zusätzlich Bußgelder. Dies ist sicher keine übliche Vorgehensweise im ö.D.; aber eigentlich sollte diese unter dem Begriff "Outsourcing" möglich sein. Dies in aller Kürze nur einige Möglichkeiten der Kostenersparnis bzw. der Einnahme Verbesserung. Das könnte z.B. auch ein Thema der Einwohnerversammlung sein. [Vorschlag der Bürger]			€	€	€	siehe I. A. Nr. 25.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Überwachung des ruhenden Verkehrs ist eine hoheitliche Aufgabe und daher von eigenem Personal durchzuführen. Zur Parkraumbewirtschaftung sollten Vorschläge erarbeitet werden. Bei gebührenpflichtigen Parkplätzen ist es durchaus möglich, diese Serviceleistung einzukaufen.</p>						
114.	<p>Der Vorschlag behandelt den Beitritt der Stadt Schwarzenbek bei Dataport für IT-Dienstleistungen. Der Stadt liegt eine ausführliche Stellungnahme vor. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bei dem Vorschlag „Beitritt zum IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR“ handelt es sich lediglich um die Inanspruchnahme von IT-Beschaffungsmaßnahmen über Dataport. Es bleibt fraglich, ob es günstiger ist über Dataport z.B. PCs und Server zu kaufen, als über den freien Markt. Hierbei ist wichtig zu wissen, dass die Stadtverwaltung seit langem fast ausschließlich gebrauchte PCs anschafft. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass unsere Eigenbeschaffungen günstiger waren. Selbstverständlich wird die weitere Entwicklung sehr genau verfolgt, um dann an diesem „Einkaufsverbund“ teilzunehmen.</p>			0	0	0	
115.	<p>Seit mehr als 2 Jahrzehnten Handwerksbetrieb mit ca. 15 MA und WVS Mitglied. Nie !!! je eine Ausschreibung erhalten. Mein Tipp: mal um den Mittelstand kümmern und weniger um China. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Stadtverwaltung ist sehr erfreut, auch Einsendungen aus der Region zu erhalten. Deshalb wird die Verwaltung Schwarzenbek bei nächster Gelegenheit Kontakt mit dem Einsender aufnehmen und sich auch noch stärker um Unternehmen aus der Region kümmern.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
116.	<p>Mein Vorschlag, die Einnahmen zu erhöhen wäre, von diversen Betrieben, die städtischen Grund und Boden nutzen (sicherlich ohne Miete zu zahlen), eine Abgabe zu verlangen. Ich denke z.B. an NKD, die den Bürgersteig mit Kleiderständen zustellen, so dass die Fußgänger auf den Fahrradsteig ausweichen müssen und der Grill in der Möllner Straße, der den Bürgersteig mit einer hölzernen Terrasse zugebaut hat, so dass für Mütter mit Kinderwagen und Bürger mit Rollstuhl ebenfalls nur der Fahrradweg bleibt. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der Vorschlag wird dahingehend geprüft, ob statt der Erhebung einer Sondernutzungsgebühr alternativ eine Vermietung durch die Liegenschaftsabteilung der Stadt erfolgen kann.</p>			€	€	€	
117.	<p>Fachlich versierten Sparkommissar einsetzen, der die Verwaltungsarbeit drastisch reduziert, VHS, Bücherei, Verwaltung in die freistehende Schule in der Berlinerstrasse einziehen lassen Rathaus verkaufen, Schuldenberater in Kiel kontaktieren. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Wir überprüfen jeden Einsparungsvorschlag und auch die Idee, externe Berater zu befragen. Kontakt zu externen Beratern besteht durch die Zusammenarbeit mit dem Prüfungsamt und den Ministerien. Das "Kommunal-Ministerium" hat Hinweise zur u.a. Beschränkung von Ausgaben zur Verfügung gestellt, die von der Stadt schon umgesetzt werden. Darüber hinaus kontrollieren wir jede unsere Aufgaben hinsichtlich ihrer Notwendigkeit. Zu bedenken ist allerdings, dass wir anders als in der freien Wirtschaft Aufgaben haben, deren Erfüllung gesetzlich vorgeschrieben sind. Zur Realschule ein Hinweis: Die Kosten, die für die Umnutzung einer Schule in ein kommunales Verwaltungsgebäude entstehen, sind erheblich.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
118.	Auf der Homepage der Stadt Schwarzenbek gibt es eine Rubrik „Branchenbuch“. Man könnte sich eine Gebührenordnung schaffen, in der Gebühren für diese Einträge, vielleicht auch gestaffelt nach Unternehmensgröße/Umsatz/Gewerbesteuer erhoben werden. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Der Hinweis wird überprüft.</i>			€	€	€	
119.	Meine persönlichen Vorschläge: Seit geraumer Zeit beobachte ich besonders beim Joggen, dass offenbar immer mehr Hundehalter der Meinung sind, dass ihre Hunde überall hinsch... können, wo sie wollen. Spricht man die Hundehalter an, muss man bald noch Angst um seine Gesundheit haben. Also die Hundesteuer mindestens verdoppeln, damit der Kreis der Hundebesitzer überschaubarer wird. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Grundlage der Steuersätze der Stadt Schwarzenbek ist der Erlass zur Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbedarfzuweisungen vom 02.07.2010. Auf Grundlage diese Erlasses sind die Steuern ggf. anzupassen.</i>			€	€	€	
120.	Für die Neubaugebiete empfehle ich Straßenbeleuchtung mit Solar: Es spart Stromkosten und könnte vielleicht nach und nach ganz Schwarzenbek beleuchten. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Diese und andere Alternativen werden bereits geprüft.</i>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
121.	<p>Der Bahnhof muss attraktiver werden: Es genügt nicht ein Zeitungsladen, in dem sich teilweise merkwürdige Gestalten herumtreiben. Hier muss um den Bahnhof herum für den Mittelstand etwas getan werden- kleine Lädchen, Cafès etc. Der gute Anfang scheint zu kommen: das ehemalige Gefängnis soll ja demnächst ein Café bekommen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Forderung nach einer Attraktivitätssteigerung ist berechtigt. Leider hat die Stadt keine Zuständigkeit auf dem Bahngelände - andere Möglichkeiten werden zurzeit nicht gesehen.</p>			0	0	0	
122.	<p>Wenn Schwarzenbek schon expandiert, sollte man den Handwerksbetrieben aus dem Umland attraktive Angebote machen, sich hier nieder zu lassen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bitte konkretisieren Sie Ihre Idee. An welche Art der Angebote wird gedacht?</p>			€	€	€	
123.	<p>Und noch eine Sache, die schon etwas älter ist: Der Lärmschutz wegen der Bahn hatte bei mir eine Idee geweckt, die ich mich nicht traute zu sagen: Wenn ein Lärmschutz gebaut werden soll, bitten Sie die Bürger von Schwarzenbek um Spenden. Z.B. bei einer Spende ab 100 Euro wird in einem Gehwegstein der Name des Sponsors eingraviert. So was gab es bei der Gartenschau in Schwerin schon mal. Man muss sehen, wie viel da zusammenkommt.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Hinweis, dem nachgegangen wird. Spenden für die Finanzierung der Sporthalle Buschkoppel wurden damals für den Bau bereits eingeworben.</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
124.	<p>Auch sollte man prüfen, inwieweit für Hausbesitzer Verwaltungswege verkürzt werden können wie z.B. Genehmigungen für erweiterte Bauten auf dem Grundstück etc. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Oftmals handelt es sich um Landesrecht, das durch die Stadt nicht beeinflusst werden kann. Durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt werden die Antragsteller selbstverständlich unterstützt.</p>			0	0	0	
125.	<p>Wie wäre es mit der Gründung eines Stromanbieters für Schwarzenbek? Mit Erdwärme und Solar/ Photovoltaik kann man heutzutage viel erreichen. Die Anschaffung muss natürlich geprüft werden. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Dieses wurde und wird regelmäßig in den städtischen Gremien und in den Gremien der Stadtwerke diskutiert. Bisher wurde aus betriebswirtschaftlichen Gründen Abstand genommen, wobei Photovoltaik bei den Stadtwerken zur Anwendung kommt.</p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
126.	<p>Ferner sollte allgemein der Zusammenhalt der Bürger in Schwarzenbek mehr gefördert werden: Straßenfeste und ehrenamtliche Aktionen für nationale/ internationale Projekte könnten Schwarzenbek einen neuen Bekanntheitsgrad geben. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Diese Idee ist gut, wenngleich sie nicht unmittelbar die Haushaltskonsolidierung betrifft.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
127.	Was halten Sie von einem Aufruf an das vorhandene Handwerk in Schwarzenbek, gewisse Arbeiten z.B. an der Aussenfassade am Kino freiwillig zu machen (unentgeltlich). Das Kino sieht von außen scheußlich aus, ich traue mich da nicht hinein. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Diese Idee ist gut, wenngleich sie nicht unmittelbar die Haushaltskonsolidierung betrifft. Wir werden das bei nächster Gelegenheit mit Vertretern der örtlichen Handwerksbetriebe besprechen.</i>			0	0	0	
128.	Vereine in Schwarzenbek könnten sich bekannt machen, wenn sie von Zeit zu Zeit etwas für die Jugend tun würden/ können. Z.B. der Tennisverein: Verlosung zu einem großen Tennisturnier in Hamburg mit internationaler Beteiligung. Wenn sich herumspricht, was Schwarzenbek und seine Vereine alles für Jugendliche und natürlich auch Erwachsene tun, kommen mehr Besucher zu uns. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Das befürworten und unterstützen wir sehr, da Eigeninitiative und ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Viele Initiativen in diese Richtung gibt es jedoch heute schon, z.B. durch die internationalen Jugendturniere des SC Schwarzenbek und dem TSV Schwarzenbek mit seinem Handballcamp.</i>			0	0	0	
129.	Fußballturnier mit den Spielern des HSV? Kontakte zum HSV-Vorstand habe ich. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Dies ist kein "echter" Einsparungsvorschlag, aber vielen Dank für das Angebot. Nehmen Sie gern Kontakt zu den Vereinen auf.</i>			0	0	0	
130.	Konzerte wie Klassik oder Pop? Mit moderaten Eintrittspreisen kann ich mir vorstellen, dass auch Schwarzenbek daran verdient. [Vorschlag der Bürger]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Soweit die Stadt Veranstalter ist, werden schon seit langem Eintrittspreise genommen. Bitte bedenken Sie, dass die Stadt darüber hinaus keinen Einfluss auf Eintrittspreise hat.</i>						
131.	Die Konzerte "Unter der Brücke" streichen, oder wenigstens reduzieren. Auch wenn es gesponsert ist, kommen auf die Stadt Reinigungs- und Aufräumarbeiten zu. Zu dem wird die Bühne auf- und abgebaut. Zu dem kommen Stromkosten und Kosten für die Security. Am Ende bliebe den Bürgern der Lärm erspart, denn Musik ist das weniger, eher Geschrei. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Konzerte liegen überwiegend in der Zuständigkeit des Veranstalters, Verhandlungen über Restkosten laufen zur Zeit.</i>			€	€	€	
132.	In der Information: "Schwarzenbek mein Zuhause" las ich, dass jeder Bürger mit ca. 870 € verschuldet ist. Wie wäre es mit einer Aktion: Jeder Bürger, der diesen Betrag der Stadt spendet als "schuldenfrei" im Rathaus veröffentlicht wird. Ich denke, so mancher Bürger, oder Firma kann 870 € aufbringen. Wenn es nur 100 tun, wären das gleich 87.000 €! Das Geld darf ausschließlich zur Tilgung verwendet werden. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Diesen Vorschlag finden wir ausgesprochen interessant. Diese Idee hat die Verwaltung über eine Internetumfrage zur Diskussion gestellt.</i>			€	€	€	
133.	Gartenpflege von Hartz IV Empfänger machen lassen statt von Fremdfirmen. Spart bestimmt. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Entscheidung über eine Heranziehung zur Arbeit von Hilfeempfängern kann nicht von der Stadt Schwarzenbek getroffen werden. Hier ist der Kreis Herzogtum Lauenburg Ansprechpartner.</i>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
134.	<p>Stadtvertreter könnten auch auf Ihre Sitzungsgelder verzichten. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> s. o. C Nr. 104.</p>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 4.
135.	<p>Etwas für die Neuansiedlung von Geschäften in der City machen. Aber weder Frisöre noch Schuhgeschäft, sondern was auch die Stadt anreizt. Könnte Gewerbesteuer einbringen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Zum Hinweis Gewerbesteuer: Neuansiedlungen tragen sicherlich zur Attraktivitätssteigerung bei und sind sicherlich wichtig. Der Gewerbesteuerfreibetrag beträgt zurzeit 24.500 €, d.h. Gewerbesteuer fließt erst ab einem Gewinn oberhalb dieses Betrages. Zu Ihrer Orientierung sei an dieser Stelle erläutert, dass nach Mitteilung des IM Neuansiedelungen von Gewerbetrieben konjunkturell zu bewerten sind und damit nicht zur Konsolidierung beitragen.</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
136.	<p>Guten Tag Herr Bürgermeister Ruppert. Ich nehme Ihren Aufruf, "Wo lässt sich sparen" im Schwarzenbeker Wochenblatt zum Anlass, Ihnen zu schreiben.</p> <p>Ich bin Mitglied bei den Fotofreunden Schwarzenbek und hatte am 18. April d.J. anlässlich unserer Fotoausstellung Wache im Amtsrichterhaus.</p> <p>Die Öffnungszeiten waren, wie sonst auch immer: Fr. Sa. und Sonntags von 15.00 bis 18.00 Uhr.</p> <p>Das ganze Haus war, als ich dort zu meiner Wache eintraf, sehr stark geheizt, so dass ich erst einmal die Fenster öffnen musste um frische Luft herein zu lassen.</p> <p>Da das Haus in der Regel nur 3 mal pro Woche für 3 Stunden genutzt wird, wäre es doch möglich, die Heizung in der übrigen Zeit auf Sparflamme laufen zu lassen. (Lässt sich sicher elektronisch regeln.) Ich kann mir vorstellen, das durch diese Maßnahme, ein erhebliches Maß an Heizkosten einzusparen wären. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Anlage ist so eingestellt, dass nur mit einer Mindesttemperatur geheizt wird. Bei Nutzung der Räumlichkeiten soll dann durch den betreffenden Nutzer die Anlage durch eine entsprechende Taste hochgefahren bzw. herunterreguliert werden. Auf Grund dieses Hinweises werden die Nutzer hierüber nochmals informiert.</i></p>			€	€	€	
137.	<p>Bei der Grund- und Gemeinschaftsschule ist ein Dachüberstand, der von unten beleuchtet wird. Die Beleuchtung umfasst 23 Lampen, die alle abends brennen. Um 23 Uhr brennen diese noch. Vorschlag: die Beleuchtung ab einer Uhrzeit X auszuschalten oder auch einige Lampen herausnehmen aus der Schaltung. [Vorschlag der Bürger]</p>			€	€	€	Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen und umgesetzt.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Idee wurde zwischenzeitlich umgesetzt, die Beleuchtung wurde reduziert. Siehe auch C Nr. 138.</i>						
138.	Bei den Fahrradständern an der GGS bleibt die Beleuchtung bis ca. 22:30 Uhr an. Um diese Uhrzeit würde aber keiner mehr mit dem Fahrrad vorbeikommen. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Es wurde eine Reduzierung der Beleuchtung vorgenommen. Die Schaltzeiten konnten nicht verändert werden, da in den Abendstunden Schulen durch die VHS, Sportvereine oder Musikschule genutzt werden. Auf ein gänzlich Ausleuchten der Flächen kann nicht verzichtet werden.</i>			€	€	€	siehe Hinweise zu C Nr. 137.
139.	Bei der Realschule existiert ein Gaszähler (vor dem Heizraum). Dieser ist schon abgeklemmt und nicht mehr in Benutzung. Dafür, dass dieser aber noch existiert zahlen wir mtl. ca. 17,00 € an E.On. Der müsste nur ausgebaut werden. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Über die weitere Verwendung des Schulgebäudes wird künftig zu beraten sein. Da der Ausbau eines Zählers mit Kosten verbunden ist, sollte zunächst ein konsensfähiges Konzept erstellt werden. Bei der dann anstehenden Umsetzung wird auch die Notwendigkeit vorhandener Zähler zu beurteilen sein.</i>			€	€	€	
140.	Grundstücksveräußerung Hellerkamp mit 100.000 € zu billig. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Stadt erwirbt und veräußert Grund und Boden auf Grundlage der Bodenrichtwertpreise. Der Wert von Objekten wird von unabhängigen Gutachtern, z.B. vom Gutachterausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg festgesetzt. Die Veräußerung erfolgt nach Höchstgebot.</i>			€	€	€	siehe I. B. Nr. 6.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
141.	VHS sollte umziehen in leerstehende Gebäude / Realschule, Pavillon. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Ein Umzug der VHS wird zur Zeit geprüft, Gespräche werden geführt.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 2.
142.	Straßenlampen sollten früher abgeschaltet werden. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>siehe hierzu Erläuterungen zu C Nr. 23. und 79.</i>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
143.	<i>Personal überprüfen und einsparen. [Vorschlag der Bürger]</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>siehe C. Nr. 105.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9. 10.

¹ nur strukturelle (jährlich wiederkehrende) Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Haushaltsentlastung führen.

² Die Maßnahmen, die im Jahr 2011 umgesetzt wurden, dürfen nur mit 50 % ihrer strukturellen (jährlich wiederkehrenden) finanziellen Auswirkungen in allen Jahren (2011-2012) angesetzt werden.

³ Vermögensveräußerungen (soweit keine Ersatzbeschaffung erfolgt) sind mit der angenommenen Zinsentlastung von 4 % des Veräußerungserlöses unter Verringerung der Aufwendungen/ausgaben zu erfassen.

⁴ Die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen, die 2012 umgesetzt wurden, sind für die Jahre 2012, 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2013 umgesetzt werden, für die Jahre 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2014 umgesetzt werden, für die Jahre 2014 und 2015,

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	

der Maßnahmen, die in 2015 umgesetzt werden, für das Jahr 2015.

⁵ Die Gesamtsumme der Spalte 7 gibt die strukturelle (jährlich wiederkehrende) Wirkung aller umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2015 an und soll mindestens 40 % des vorläufigen Richtwertes betragen.

Erläuterungen:

Berechnet wurden die Erträge aus Steuern, bei denen die Stadt Schwarzenbek über den laut Richtlinien notwendigen Hebesätzen Steuern erhoben hat. Ferner bei der Hundsteuer die Mehrerträge aus den Festsetzungen für den zweiten und weitere Hunde.
 Der Zuschuss an die Kindergärten reduziert sich auf die Zuschüsse für die Personalkosten.
 Der RdErl. IM vom 08.05.2008 ist gültig bis zum 31.12.2012